



## Eine existenzielle Krise

Die Kirchen im Allgemeinen und die Katholische im Besonderen, befinden sich in einer existenziellen Krise. Missbrauchsfälle gibt es, solange die Kirche existiert. Jetzt, im Jahre 2022 n.Chr., ist die Blase geplatzt. Die Zeit, wo die Verantwortlichen bis hin zum Ex- und amtierenden Papst vertuschen, verharmlosen und relativieren konnten, ist vorbei. Die Gesellschaft lässt das der Kirche nicht mehr durchgehen. Aus der Glaubens- könnte sehr schnell auch eine finanzielle Krise werden.

Bei **Anne Will** sollte gestern Abend geklärt werden, wie das Öffentlich machen des Missbrauchs an Kindern und Jugendlichen so lange unterdrückt werden konnte. Es wurde immer nur versucht, die Kirche und ihre „Würdenträger“ zu schützen, nie die Betroffenen. Die Fragen: „Müssten Politik und Staat stärker in die Aufklärung und Strafverfolgung eingreifen? Sind Sonderrechte der Kirchen noch zu rechtfertigen? Gehörten Privilegien wie das kirchliche Arbeitsrecht abgeschafft? Ist die katholische Kirche überhaupt zu Reformen fähig?“, standen auf der Tagesordnung der Gesprächsrunde.

Es wird Zeit, was zunehmend geschieht, dass sich weltliche Juristen mit den Missbrauchsfällen beschäftigen. Dabei geht es um Anerkennung und auch um Entschädigungszahlungen. Und in Fällen, wo diese verjährt sind, muss die Kirche von sich heraus Entschädigungen leisten. Es wäre ja wirklich aberwitzig, wenn sich ausgerechnet die Kirche Verjährungsfristen zunutze machte.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz **Georg Bätzing** hatte die undankbare Aufgabe, den Prügelknaben spielen zu müssen, an dem sich **Matthias Katsch**, Mitbegründer und Sprecher der Betroffeneninitiative „Eckiger Tisch“, **Katrin Göring-Eckardt** (B90/Die Grünen), Bundestagsvizepräsidentin, **Ingrid Matthäus-Maier** (SPD), Politikerin und Juristin, und **Christiane Florin**, Redakteurin für Religion und Gesellschaft beim Deutschlandfunk, abarbeiteten. Dass Bätzing ausgerechnet der Bischof von Limburg ist, wo sich sein Vorgänger eine Luxusherberge bauen ließ, spielte nur insoweit eine Rolle, als dass der Papst ihn abberief, während die in die Missbrauchsfälle verwickelten Bischöfe weiter im Amt bleiben dürfen, obwohl sie ihren Rücktritt angeboten hatten. Der Fisch stinkt eben vom Kopfe her.

Unerträglich, dass ein Mann wie Kardinal **Reinhard Marx** jetzt für Reformen sorgen soll, wo doch sein Verantwortungsbereich München Freising geradezu

eine Hochburg der Missbrauchsfälle ist. Marx Vorgänger **Joseph Ratzinger** alias Papst Benedikt XVI. steht im Zentrum des Skandals.

Alle, die auch nur im Entferntesten in die Missbrauchsfälle involviert sind, müssen aus ihren Ämtern entlassen werden. Ein Neuanfang mit diesen Leuten ist unverantwortlich.

Die jetzige Diskussion sollte zum Anlass genommen werden, um über alle Privilegien, die die Kirche hat, nachzudenken. Die Kirche hat zu viele eigene Rechte, die sich der staatlichen Gewalt entziehen. Es ist nicht länger hinzunehmen, dass der Staat die Kirchensteuern einzieht, der Religionsunterricht an staatlichen Schulen stattfindet und dass Bischöfe und Kardinäle aus regulären Steuermitteln bezahlt werden. Dass die Kirchen im Jahre 1803 enteignet wurden, ist tragisch, dass wir aber heute als Entschädigung dafür immer noch die Gehälter der Kirchenfürsten bezahlen, ist nicht mehr vermittelbar.

Alles müsste auf den Tisch. Natürlich gibt es gleich mehrere ABER: Bei **Anne Will** wurde sehr deutlich gesagt, dass der größte Lobbyisten-Verband in Deutschland nicht etwa die Industrie sei, sondern die Kirche. Auch wenn die Aussichten auf einen Reform-Erfolg mäßig sind, sollte versucht werden, die Kirchenprivilegien abzuschaffen. Eine Mitgliedschaft in einer Kirche ist reine Privatangelegenheit. Es kann nicht sein, dass auch alle Nicht-Mitglieder die Kirchen mitfinanzieren.

Ginge es nach mir, könnten auch alle kirchlichen Feiertage abgeschafft werden. Ich habe sowieso nie verstanden, warum Nicht-Gläubige arbeitsfrei bekommen, um den Geburtstag des Herrn Jesus Christus zu feiern. Jeder kann glauben, woran er will, muss aber die Rahmenbedingungen für die Ausübung seines Glaubens selbst finanzieren. Das klappt in den USA doch ganz hervorragend.

Ein ganz anderes Kapitel sind die Leistungen der Kirche im sozialen Bereich. Hier müssen aber dieselben Regeln wie für alle anderen freien Träger der Sozial- und Jugendhilfe gelten. Arbeitsrechtlich dürfen Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen nicht schlechter gestellt sein als in staatlichen oder privaten.

Ich entstammte einem evangelischen Elternhaus und habe von der Taufe bis zur Einsegnung alles mitgemacht und immer brav gebetet. Bin im Zuge der unsäglichen ProReli-Aktion 2009 ausgetreten. Vom Glauben abgefallen, sage ich heute: Gäbe es einen Gott, hätte es keinen einzigen Missbrauchsfall weltweit gegeben.

**Ed Koch**